

Die neue französische Regierung und ihre Reformprojekte

Aktuelle politische Darstellung von

Dr. Beatrice Gorawantschy, Leiterin des KAS-Auslandsbüros Frankreich und

Céline Caro, wissenschaftliche Mitarbeiterin,

KAS-Paris, 24. Mai 2007

Die neue französische Regierung steht unter dem Motto der „*Toleranz und Öffnung*“ womit Nicolas Sarkozy gleich drei Wahlversprechen auf einmal einlöst. Er reduziert die Anzahl der Ministerposten von 29 auf 15, er erhöht den Frauenteil in der Regierung und besetzt die Ministerposten fast paritätisch (mit 7 zu 8 Posten mit Frauen) und er bindet andere politische Strömungen bei der Besetzung der Regierung ein. Mit seinem parteiübergreifenden Kabinett möchte er an sein Wahlversprechen anknüpfen, der „Präsident aller Franzosen“ sein zu wollen. In erster Linie aber ist dies ein strategischer Schachzug im Hinblick auf die kommenden Parlamentswahlen, sowohl die Macht der Sozialisten als auch die der Zentristen zu marginalisieren. Damit steigen die Chancen für die UMP, bei den Parlamentswahlen am 10. und 17. Juni eine starke parlamentarische Mehrheit zu bekommen und somit die Ausgangslage zu schaffen, das ambitionierte Reformprogramm durchsetzen zu können. Darüber hinaus steht die neue französische Regierung für einen Generationenwechsel, ein Kabinett der 40- und 50-jährigen. Nur vier Minister sind älter als 60; die jüngste Ministerin ist 39 Jahre.

Die Ernennung von **François Fillon** zum Premierminister war bereits lange im Vorfeld abzusehen. Fillon ist ein treuer Weggefährte Sarkozys, seit Jahren politischer Berater und für die Inhalte des Reformprogramms der UMP verantwortlich. Er hat zudem langjährige Erfahrung in Verhandlungen mit den Sozialpartnern. Fillon ist allerdings auch derjenige, der damals gegen den Maastricht-Vertrag gestimmt hat und nunmehr hofft, dass unter Sarkozy die Stimme Frankreichs in der EU wieder stärker zu hören ist. Im Hinblick auf die deutsch-französischen Beziehungen hat sich Fillon - zu dessen Mentoren auch Alfred Grosser gehört - in seiner Zeit als Erziehungsminister immer sehr für das Erlernen von Deutsch als erste Fremdsprache in Frankreich eingesetzt.

Die Besetzung der 15 Ministerposten ist eine Mischung aus bekannten politischen „Schwergewichten“ und engen Vertrauten wie Alain Juppé, Michèle Alliot-Marie, Jean-Louis Borloo, und Brice Hortefeux. Hinzu kommen neue junge „rising stars“ wie beispielsweise die Anwältin und Wahlkampfsprecherin **Rachida Dati** (41 Jahre, aus einer marokkanisch-algerischen Einwandererfamilie), die mit dem klassischen Justizressort betraut wird und die Abgeordnete und UMP-Sprecherin **Valérie Pécresse** (39 Jahre), die das Ministerium für Hochschulwesen und Forschung übernimmt.

Die größte Überraschung war allerdings die Besetzung des Kabinetts – über die Parteigrenzen hinweg - mit Vertretern des linken Lagers und des Zentrums. Die Bestellung des Außenamtes mit dem populären **Bernard Kouchner** aus dem Lager der Sozialisten, der internationalen Bekanntheitsgrad durch seine Aktivitäten in „Ärzte ohne Grenzen“ erlangt hat, kann tatsächlich als „coup“ bezeichnet werden. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Haltung Kouchners zur Türkei (tritt ein für eine Aufnahme der Türkei in die EU) mit der Position Sarkozys vereinbaren lässt. Genauso spektakulär ist die Besetzung des Verteidigungsressorts mit **Hervé Morin**, dem Fraktionschef der UDF in der Assemblée Nationale – die Belohnung dafür, dass die Mehrzahl der UDF-Abgeordneten nach dem ersten Wahlgang Sarkozy ihre Unterstützung bekundet hat.

Alain Juppé erhält den Titel „ministre d’Etat“ und ist damit als einziger im Kabinett im Range eines Staatsministers und übernimmt eine Art Superministerium für Umwelt, nachhaltige Entwicklung, Energie und Verkehr. **Alliot-Marie**, die einstige innerparteiliche Konkurrentin Sarkozys um die Kandidatur zur Präsidentschaft hat im Wahlkampf Ségolène Royal aktiv bekämpft und wird mit dem Innenministerium belohnt. **Jean- Louis Borloo**, der ursprünglich aus dem Lager Bayrous kommt, bildet neben Morin ebenfalls das Bindeglied zu den Zentristen. Er hat bereits in der letzten Regierung erfolgreich das Ministerium für Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt geleitet und übernimmt nunmehr das Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung. Das neugegründete Ministerium für Integration und nationale Identität, ein Novum in der französischen politischen Landschaft, wurde **Brice Hortefeux**, dem langjährigen Freund, politischen Weggefährten und engsten Berater Sarkozys übertragen.

Neben den 15 Ministerposten wurden **vier Staatssekretärsposten** vergeben, davon ebenfalls drei Posten an Personen aus dem „linken Lager“, u. a. der Bereich Europa an Jean-Pierre Jouyet (ein ehemaliger enger Vertrauter des Sozialisten Hollande) und ein Staatssekretärposten im Premierministeramt an Eric Besson, der ehemalige Wirtschafts- und Finanzberater Royals, der noch während des Wahlkampfes zu Sarkozy übergelaufen war.

Die Regierungsbildung vom 18. Mai, die Zusammensetzung des neuen Kabinetts, ist bereits Ausdruck des Bruchs mit der Ära Chirac - eine Regierung der „ouverture“, der Öffnung als Ausdruck der „rupture“, des Bruchs mit der Vergangenheit. Sarkozy wollte nicht den gleichen Fehler wie Chirac 1995 begehen, nur Vertraute in die Regierung zu nehmen: „Die Getreuen, das ist etwas für die Emotion, wir aber wollen Effizienz in der Regierung“ so die wörtliche Ankündigung von Sarkozy.

Oberste Priorität für den neuen Präsidenten hat die Innenpolitik und die damit verbundenen Reformprojekte. Im Gegensatz zu Jacques Chirac, der sich vornehmlich um die Außen- und Verteidigungspolitik gekümmert hat, will Sarkozy praktisch auch die Rolle des Regierungschefs übernehmen und damit auch aktiv die Innenpolitik gestaltend übernehmen.

Es folgt eine Übersicht mit biographischen Angaben zum Premierminister und den einzelnen Ministern, sowie zu einigen ausgewählten Reformprojekten.

Premierminister : François FILLON



François Fillon ist am 4. März 1954 in Le Mans, Sarthe geboren. Er hat Jura sowie Politikwissenschaft am Institut d'Etude politique (IEP Paris) studiert und ist Mitglied der UMP.

Politische Laufbahn

1993-1995	Minister für Hochschulwesen und Forschung in der Regierung von Balladur
1995-1997	Minister für Informationstechnologie und Postwesen, später delegierter Minister für Postwesen, Telekommunikation und Raumfahrt in beiden Regierungen von Juppé
1998-2002	Präsident der Region Pays de la Loire
2002–2004	Minister für Soziales, Arbeit und Solidarität in den beiden ersten Regierungen von Raffarin. Er initiierte eine stark umstrittene Rentenreform (Réforme oder Loi Fillon), die trotz Protesten von der Regierung durchgesetzt wurde und führte ebenfalls eine Reform der Arbeitszeitregelung zur 35-Stunden-Woche an.
2004–2005	Minister für Bildung, Hochschulwesen und Forschung in der dritten Regierung von Raffarin. Seine Schul- und Abiturreform führte zu Massenprotesten von Schülern und Lehrern und wurde nur zum Teil verabschiedet. Infolge der Ablehnung der Europäischen Verfassung durch die Bevölkerung beim Referendum vom 29. Mai 2005 wurde das Kabinett aufgelöst und Fillon bei der Neubildung übergegangen.
Seit Herbst 2005	Mitglied des Senats und derzeit Kandidat für die Parlamentswahlen.

Alain JUPPÉ : Staatsminister (ministre d'état), Minister für Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Raumplanung



Er ist am 15. August 1945 in Mont-de-Marsan geboren und hat an den Eliteschulen Ecole normale supérieure (Philologie), Institut d'études politiques de Paris (Politikwissenschaft) sowie École nationale d'administration (ENA - Staats-administration) studiert.
Er ist Mitglied der UMP.

Politische Laufbahn

1984-1986	EU-Abgeordneter
1986-1988	Beigeordneter Minister des Staatshaushalts in der Regierung von Chirac
Juli-Oktober 1989	EU-Abgeordneter
1988-1993	Abgeordneter (Paris)
1993-1995	Außenminister in der Regierung Balladur
	Parallel dazu ist Juppé zwischen 1983 und 1995 Stellvertreter des Bürgermeisters von Paris, Jacques Chirac
1995-1997	Premierminister von Jacques Chirac und Bürgermeister von Bordeaux (bis 2004)
1997-2002	Abgeordneter (Vendée)
2002-2004	Vorsitzender der UMP

Am 1. Dezember 2004 wird Alain Juppé wegen seiner Verwicklung in Affären um illegale Parteifinanzierung während seiner Zeit im Rathaus von Paris zu 14 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Für ein Jahr darf er nicht mehr gewählt werden und ist gezwungen, all seine politischen Ämter niederzulegen. In Kanada unterrichtet er an der Universität von Montreal.

Das Amt des Bürgermeisters von Bordeaux wird von seinem Stellvertreter Hugues Martin übernommen, Vorsitzender der UMP wird Nicolas Sarkozy.

Seit August 2006 nimmt er wieder am französischen politischen Leben teil und nimmt das Bürgermeisteramt von Bordeaux wieder auf.

Mit Juppé als Staatsminister nimmt die **Umweltpolitik** erstmals eine herausgehobene Stellung in der Regierung ein. In Bezug auf den Bereich nachhaltige Entwicklung soll dieses Ministerium eine starke europäische und internationale Dimension bekommen. Juppés Ziel ist es, eine Art Al Gore für den Schutz der Umwelt in Europa zu werden. Die Kandidatur von A.

Juppé für dieses Ministerium wurde von dem medienwirksamen Naturschützer Nicolas Hulot, dessen ökologischer Pakt im Wahlkampf auch von Sarkozy unterschrieben worden ist, unterstützt.

Die Priorität des Ministeriums ist der Kampf gegen die Klimaerwärmung.

Das Ministerium ist auch für den Verkehr zuständig. Die Verkehrspolitik wurde in dieses Ministerium integriert, um eine Lösung für das in diesem Bereich sehr akute Problem des Ausstoßes von Treibhausgasen zu finden. Dominique Bussereau, Landwirtschaftsminister in der Regierung von de Villepin, wird in diesem Ministerium Staatssekretär für den Verkehr.

Andere Schwerpunkte des Ministeriums sind die Reform des ökologischen Steuersystems, im Besonderen die Einführung einer Besteuerung auf Kohle. Im Bereich der Verkehrspolitik sind steuerliche Begünstigungen für saubere Fahrzeuge und Steuererhöhungen für die anderen geplant. Parallel dazu soll der Bahnverkehr für Waren gefördert werden. Hinzu kommt die Weiterführung des Projektes über einen europäischen Druckwasser-Reaktor (EPR). Die französische Regierung wird weiterhin an der Atomenergie festhalten.

Parallel dazu soll der Anteil der erneuerbaren Energien in der Energieproduktion erhöht werden.

Weitere Schwerpunkte sind die Weiterführung der Debatte über GVO (gentechnisch veränderte Organismen), der Kampf gegen die Verschmutzungen aus der Agrarproduktion und die Weiterführung des Autobahnprogramms.

Schließlich sollen Nicht- Regierungsorganisationen, die in diesem Bereich aktiv sind, in die Debatte miteinbezogen werden.

Im September will Juppé eine große Umweltkonferenz mit Vereinen, Organisationen, NGOs, Firmen sowie Gewerkschaften und Vertretern der Arbeitgeberschaft organisieren: „un Grenelle de l'environnement“ mit nationalen Umweltzielen.

Jean-Louis BORLOO: Minister für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung



Er ist am 7. April 1951 in Paris geboren und hat Philosophie und Geschichte, sowie Wirtschaftswissenschaften und Finanzwesen in Frankreich und England studiert. Er wurde Rechtsanwalt und hat z.B. Bernard Tapie verteidigt.

Er ist Mitglied der zentristischen Partei Parti radical, die in die UMP eingegliedert wurde.

Politische Laufbahn

1989-1992	EU-Abgeordneter
1989-2002	Bürgermeister von Valenciennes (Nord)
1992-1993	Mitglied des Regionalrates der Region Nord-Pas-de-Calais (auch 1998)

1993-2002	Abgeordneter (Nord) für die zentristische Partei UDF
2001	Pressesprecher der UDF und aktiver Unterstützer von François Bayrou
2002	Als Mitglied der zentristischen Partei Parti radical tritt er in die UMP ein.
2002-2004	Beigeordneter Minister für Stadtplanung und –Entwicklung in der ersten und zweiten Regierung von Raffarin
2004-2005	Minister für Arbeit, Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit in der dritten Regierung von Raffarin
2005-2007	Minister für Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Wohnungswesen in der Regierung von de Villepin.
	Bekannt ist er für seinen Plan für soziale Kohäsion, der sowohl im konservativen als auch im linken Lager Unterstützung fand. Dafür hat er zwischen 2002 und 2004 von einer Periode, in der die Arbeitslosigkeit in Frankreich sank, profitiert.

Die **Senkung der Arbeitslosigkeit** von derzeit 8,3% auf 5% in 5 Jahren steht im Vordergrund, um das Wahlversprechen von Sarkozy zu halten.

Geplant ist ebenfalls die Einführung eines französischen „*small business act*“, um den Zugang der kleinen und mittleren Firmen zu öffentlichen Märkten zu erleichtern und Arbeitsplätze zu schaffen.

Borloo ist auch für den industriellen Bereich, den Außenhandel und den Tourismus, sowie für die Arbeitsbedingungen in den Firmen, bei den Handwerkern und Selbstständigen zuständig.

Nach dem Erziehungs- und Verteidigungsministerium führt Borloo die drittgrößte ministerielle Verwaltung.

Michèle ALLIOT-MARIE, Ministerin für innere Angelegenheiten, Übersee und Gebietskörperschaften



Sie ist am 10. September 1946 in Villeneuve-le-Roi (Val-de-Marne) geboren und hat Ethnologie und Jura studiert. Sie ist Rechtsanwältin und besitzt einen Dokortitel in Rechts- und Politikwissenschaften. Sie ist Mitglied der UMP.

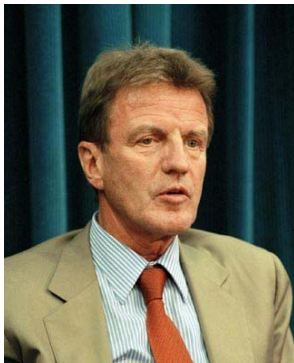
Politische Laufbahn

1986-1988	Staatssekretärin für Erziehungspolitik in der Regierung von Chirac
1989-1992	EU-Abgeordnete
1992-2002	Bürgermeisterin von Saint Jean de Luz (Pyrénées-Atlantiques) und Abgeordnete (Pyrénées-Atlantiques)
1993-1995	Ministerin für Jugend und Sport in der Regierung von Balladur
1999-2002	Parteipräsidentin der konservativen Partei RPR (Vorläufer der UMP) und stellvertretende Fraktionschefin in der Nationalversammlung
2002-2007	Verteidigungsministerin in den Regierungen von Raffarin und de Villepin

Zum ersten Mal in der Geschichte der V. Republik wird eine Frau Innenministerin.

Unter Alliot-Marie soll das Innenministerium neu strukturiert werden und einem inneren Reformprozess unterliegen. Hinsichtlich der Projekte des Ministeriums wird der Bereich **Innere Sicherheit** Priorität erlangen.

Bernard KOUCHNER, Minister für äußere und europäische Angelegenheiten



Er ist am 1. November 1939 in Avignon geboren. Studium der Medizin und Mitbegründer von Médecins sans Frontières (MSF, *Ärzte ohne Grenzen*) und Médecins du Monde (MDM, *Ärzte der Welt*). Als „french Doctor“ ist er weltweit bekannt und gehört zu den populärsten Persönlichkeiten Frankreichs.

Er war Mitglied der PS (mit der Ernennung zum Außenminister ist er ausgeschlossen worden).

Politische Laufbahn

1988-1992	Staatssekretär für soziale Eingliederung und humanitäre Angelegenheiten in der Regierung von Rocard und Cresson
1992-1993	Minister für Gesundheit und humanitäre Angelegenheiten in der Regierung von Bérégovoy

1994-1997	EU-Abgeordneter
1997-1999	Staatssekretär für Gesundheit in der Regierung von Jospin
1999-2001	Hoher Repräsentant der Vereinten Nationen im Kosovo
2001-2002	Beigeordneter Gesundheitsminister in der Regierung von Jospin

Zu Beginn des Jahres 2003 erklärte er sich mit der Militärintervention der USA im Irak als globale Intervention gegen Diktaturen einverstanden. Im Dezember 2006 kündigte er seine Bereitschaft an, in einer „erweiterten“ Regierung unter Sarzoky zu arbeiten. Als überzeugter Europäer ist B. Kouchner für die Verabschiedung eines europäischen „Minivertrags“, um Europa aus der Krise zu führen. Der neue Außenminister möchte, dass Frankreich die Führung einer internationalen Kontakt-Gruppe übernimmt, um die Darfur Krise zu lösen. Kouchner ist für den Beitritt der Türkei in die EU und hofft, dass Sarkozy während des Verfahrens seine Meinung ändern könnte. Er wird als „Atlantiker“ bezeichnet, weil er der Meinung ist, dass eine gemeinsame Aktion mit den USA und Europa im Bereich der Nahostkonflikte helfen könnte. Kouchner plädiert für ausgewogene Beziehungen mit Ländern wie Russland oder China, ohne dass Frankreich im Bereich des Schutzes der Menschenrechte kulanter wird.

Brice HORTEFEUX, Minister für Einwanderung, Integration, nationale Identität und Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen



Er ist am 11. Mai 1958 in Neuilly-sur-Seine geboren und hat Jura und Politikwissenschaft am Institut d'Études Politiques de Paris (IEP) studiert. Er ist ein langjähriger Freund und Wegbegleiter von N. Sarkozy und Mitglied der UMP.

Politische Laufbahn

1993-1995	Kabinettsleiter von Haushaltsminister Sarkozy in der Regierung von Balladur.
1998-1999	Berater bei Poncelet, dem Präsidenten des Senats
Seit 1999	EU-Abgeordneter
2002-2004	Berater von Innenminister Sarkozy

Organisation des neu gegründeten Ministeriums

Das Ministerium übernimmt Aufgabenbereiche, die bislang anderen Ministerien zugeordnet waren:

- Visaerteilung und Asylrecht (bislang: Außenministerium),
- Aufenthaltsgenehmigungen (bislang: Innenministerium),
- Einbürgerungen (bislang: Arbeitsministerium) sowie
- Einbürgerungen durch Eheschließung (bislang: Justizministerium)
- Ausweisungen (bislang: Grenzpolizei).

Zum ersten Mal wird ein eigenständiges Ministerium für Einwanderungsfragen und nationale Identität gegründet. Gegen die Bezeichnung gab es vehemente Proteste von Kritikern.

(CF: „Einwanderung und nationale Identität zusammenzuschließen bedeutet, dass Einwanderung als „Problem“ für Frankreich und die Franzosen wahrgenommen wird“, haben Historiker behauptet - «*Associer immigration et identité nationale, c'est inscrire l'immigration comme "problème" pour la France et les Français dans leur être même*»).

Der Begriff «*identité nationale*» (nationale Identität) soll sich darauf beziehen, alle Vorgehensweisen zum Erlangen der französischen Staatsangehörigkeit zu subsumieren.

Das Thema **Einwanderung** wird eines der wichtigsten Themen während der außerordentlichen Parlamentssitzungen in diesem Sommer sein.

Ein neues Gesetz soll vorbereitet werden, um den Familiennachzug zu erschweren. „Um seine Familie nach Frankreich zu holen, muss man über eine Wohnung und eine Arbeit verfügen. Außerdem muss die Familie vorher Französisch gelernt haben“, hat N. Sarkozy mehrmals wiederholt.

Hinzu kommt eine Verschärfung des Gesetzes zur „ausgewählten Einwanderung“ vom 24. Juni 2006, sowie die Definition von jährlichen Quoten für Wirtschaftsflüchtlinge, für Asylbewerber sowie für Personen, die von der Politik der Familienzusammenführung profitieren wollen.

Rachida DATI: Justizministerin



Sie ist am 27. November 1965 in Saint-Rémy (Saône-et-Loire) geboren und ist marokkanischer und algerischer Herkunft. Sie absolvierte ein wirtschaftswissenschaftliches Studium und arbeitete zunächst bei Elf Aquitaine und Matra

Communication, dann bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) in London sowie bei dem Wasserversorger Lyonnaise des Eaux und dann als Beraterin der juristischen Abteilung im französischen Bildungsministerium.

Von 1997 bis 1999 absolvierte sie eine Ausbildung an der *Nationalen Hochschule für das Richteramt* (fr. *École nationale de la magistrature*) und arbeitete dann bei der Staatsanwaltschaft in Bobigny, Péronne und Évry. Sie ist Mitglied der UMP.

Politische Laufbahn

2002-2004	Beraterin im Kabinett des Innenministers Nicolas Sarkozy
2004	Beraterin im Kabinett des Wirtschafts- und Finanzministers Nicolas Sarkozy
2004-2005	Stellvertretende Generaldirektorin im Generalrat vom Departement Hauts-de-Seine (N. Sarkozy war Präsident dieses Generalrats zwischen 2004 und Mai 2007)
2005-2007	Beraterin für Jugendkriminalität und Integrationsfragen im Kabinett des Innenministers N. Sarkozy.
Januar 2007	Im Präsidentschaftswahlkampf 2007 war sie mit Xavier Bertrand Sprecherin des Kandidaten Nicolas Sarkozy.

Sie ist die erste Person maghrebinischer Herkunft, die ein „klassisches“ Ministerium führt sowie die zweijüngste Justizministerin der V. Republik.

Wichtigste Reformprojekte in diesem Bereich sind die Einführung von automatischen Minimalstrafen für Wiederholungstäter, die Senkung der strafrechtlichen Volljährigkeit für Wiederholungstäter von 18 auf 16 Jahre, sowie der Aufbau von Gefängnis-Krankenhäusern.

Xavier BERTRAND : Minister für Arbeit, soziale Beziehungen und Solidarität



Er ist am 21. März 1965 in Châlons-sur-Marne (Marne) geboren und hat Jura studiert.
Mitglied der UMP.

Politische Laufbahn

1998-2002	Mitglied des Generalrats vom Departement Aisne.
2002-2005	Abgeordneter (Aisne) in der Nationalversammlung
2003	Berichterstatter für das Gesetzesprojekt über die Rentenreform in der Nationalversammlung

- 2004-2005 Staatssekretär für Krankenversicherung in der dritten Regierung von Raffarin und Leiter der Reform der Krankenversicherung.
- 2005-2007 Minister für Gesundheit und Soziales in der Regierung von de Villepin. Als solcher führte er 2006 das Rauchverbotsgesetz in öffentlichen Einrichtungen ein und bekämpfte die Chikungunya-Epidemie auf La Réunion, sowie die Vogelgrippe in Europa.
- Januar 2007 Im Präsidentschaftswahlkampf 2007 war er mit Rachida Dati Sprecher des Kandidaten Nicolas Sarkozy.

Bertrand trägt die Verantwortung, die größten **sozialen Reformen** der neuen Regierung zu führen. Zu den wichtigsten Reformprojekten gehören die Abschaffung von Sondervereinbarungen in der Rentenversicherung und die Reform des einheitlichen Arbeitsvertrags (contrat de travail unique).

Darüber hinaus sollen Mindestdienste der öffentlichen Verkehrsmittel während Streiks (in Kooperation mit dem Ministerium, das für Verkehr zuständig ist (Umweltministerium) eingeführt werden.

Die Finanzierung der Überstunden (in Kooperation mit dem Wirtschaftsministerium), die Flexibilisierung der Karrieren, die Parität zwischen Männern und Frauen im öffentlichen und privaten Arbeitsbereich innerhalb von zwei Jahren, sowie die Einstellung von Behinderten und mögliche steuerliche Begünstigungen für Studenten, die arbeiten um ihr Studium zu finanzieren, gehören ebenfalls zu den Zielvorgaben des Ministeriums.

Xavier DARCOS: Erziehungsminister



Er ist am 14. Juli 1947 in Limoges geboren und hat alte und moderne Philologie studiert. Er besitzt einen Dokortitel in Lateinstudien sowie eine Habilitation in Literaturwissenschaft. Er war Professor für Literaturwissenschaft u.a. an der Sorbonne (1996-2000) sowie zwischen 1992 und 1998 Oberinspektor für das Erziehungsministerium.
Mitglied der UMP.

Politische Laufbahn

- 1988-1997 Stellvertretender Bürgermeister von Périgueux
(seit 1997: Bürgermeister von Périgueux)
- 1993-1995 Berater, dann Kabinettsleiter von Erziehungsminister François Bayrou in der Regierung von Balladur.

1995-1997	Berater für Erziehung und Kultur im Kabinett des Premierministers Juppé
1998-2002	Senator der Region Dordogne
2002-2004	Beigeordneter Erziehungsminister in der zweiten Regierung von Raffarin
2004-2005	Beigeordneter Außenminister in der dritten Regierung von Raffarin, zuständig für Kooperation, Entwicklung und Frankophonie.
Seit 2004	Mitglied des Regionalrats der Region Aquitaine
2005-2007	Frankreichs Botschafter bei der OECD
Seit März 2006	Kulturbeauftragter der UMP, zuständig für Kultur

Reformprojekte im Erziehungs- und Bildungsbereich sind die „Erhöhung der Leistungsfähigkeit im Erziehungsbereich“ und die Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte. Der Lehrberuf soll in der Gesellschaft wieder aufgewertet werden. Darcos soll die Gespräche mit Vertretern der Lehrkräfte führen, die die Wiederherstellung der Vollstellen verlangen, die von seinem Amtsvorgänger per Dekret abgeschafft worden waren.

Ab September 2007 sollen in allen Schulen Nachhilfestunden eingeführt werden.

Schließlich ist das Ziel die allmähliche Abschaffung der „Carte scolaire“, d.h. dass die Eltern in Zukunft die Schule für die Kinder frei wählen können.

Valérie PÉCRESSE: Ministerin für Hochschulwesen und Forschung



Sie ist am 14. Juli 1967 in Neuilly-sur-Seine (Hauts-de-Seine) geboren und hat die Eliteschulen HEC (Wirtschaft) sowie die École nationale d'administration (ENA-Staatsadministration) absolviert. Bis 1998 hatte sie Führungspositionen beim Staatsrat und in der französischen Presseagentur AFP inne. Sie ist Mitglied der UMP.

Politische Laufbahn

1998-2002	Beraterin des Präsidenten Chirac im Bereich der Informationstechnologien und der Zukunftsforschung.
2002-2007	Abgeordnete (Yvelines) in der Nationalversammlung. Berichterstatterin der parlamentarischen Kommission über Familie und Kinderrecht, die im Parlament viel Erfolg hatte und sie bekannt machte.

2002-2004	Stellvertretende Generalsekretärin der UMP
Seit 2004	Mitglied des Regionalrats der Region Ile-de-France und Pressesprecherin der UMP mit Luc Châtel.
2006-2007	Gesandte Abgeordnete bei Philippe Bas, stellvertretender Minister für Krankenversicherung, Senioren, Behinderte und Familie.
2006	Autorin eines Berichts über Arbeit und Familie

Die **Universitätsreform** im Hinblick auf mehr Autonomie steht im Vordergrund der Reformbestrebungen, zum Beispiel die Teilfinanzierung der Universitäten durch private Unternehmen oder Stiftungen.

Des weiteren werden die Einführung einer „selektierenden Orientierung“ (Cf.: Numerus Clausus in Deutschland) und die Modifizierung der Studiengebühren an den Universitäten (Konflikte mit den studentischen Gewerkschaften sind abzusehen), die Annäherung der Universitäten und Eliteschulen, der Aufbau eines „Forschungscampus mit internationalem Niveau“, Entwicklungsprogramme für Studentenwohnheime und die Steigerung der Anzahl der öffentlichen Stipendien für Studenten aus der „mittleren Klasse“ angestrebt.

Um all diese Reformen durchführen zu können, hat Präsident Sarkozy versprochen, bis 2012 die öffentlichen Ausgaben für das Hochschulwesen um 50%, sowie die Ausgaben für die öffentliche Forschung um ein Viertel zu erhöhen.

Hervé MORIN : Verteidigungsminister



Er ist am 17. August 1961 in Pont-Audemer (Eure) geboren und hat Jura und Politikwissenschaft am Institut d'Études Politiques de Paris (IEP) studiert.

Er war Mitglied der UDF und gehört seit Ende Mai dem PSLE (Parti social libéral européen) an, der neuen zentristischen Partei, die die UDF ersetzt und sich mit der UMP zusammengeschlossen hat.

Politische Laufbahn

1989-1995	Mitglied des Stadtrats von Epaignes (Eure)
1992-2004	Mitglied des Generalrats des Departements Eure
Seit 1995	Bürgermeister von Epaignes

1998-2007	Abgeordneter (Eure) in der Nationalversammlung. Zwischen Juni 2002 und Mai 2007 war er Vorsitzender der UDF Fraktion.
Seit 2004	Mitglied des Regionalrats der Region Haute-Normandie und Vorsitzender der UDF und Parteilosen-Fraktion im Regionalrat.

Während der Präsidentschaftswahlkampagne 2007 hat E. Morin den Kandidaten der UDF, François Bayrou, aktiv unterstützt. Zwischen den beiden Wahlgängen der Präsidentschaftswahl wechselte er zu N. Sarkozy, weil er eine mögliche Allianz der UDF mit den Sozialisten kategorisch ablehnte.

Ab September wird in Zusammenarbeit mit der Armeeführung das nächste „**loi de programmation militaire**“ **2009-2013** vorbereitet.

Derzeit wird die aktuelle Rolle der französischen Armee in der Welt, sowie die Relevanz von bestimmten strategischen Haltungen und Auslandsmissionen diskutiert. Wie in der Wahlkampagne angekündigt, wird der Präsident in den nächsten Monaten entscheiden, ob Frankreich langfristig ein Soldatenkontingent in Afghanistan behalten soll.

Unter der Leitung des Präsidenten soll es eine erneute Analyse, bzw. Neudefinition der Einsetzung und des Gebrauchs der Politik der Nuklearabschreckung geben, was noch Debatten in der Öffentlichkeit auslösen wird.

N. Sarkozy hat im Wahlkampf den Bau eines zweiten Flugzeugträgers versprochen; die Entscheidung darüber steht an. Wenn dieser Flugzeugträger gebaut wird, werden aus Kostengründen andere Programme gestrichen werden müssen.

Darüber hinaus wird die mögliche Einführung eines für Männer und Frauen „obligatorischen Zivildienstes“ debattiert. Die Entscheidung darüber ist von der finanziellen Ausstattung des Ministeriums abhängig.

Roselyne BACHELOT-NARQUIN: Ministerin für Gesundheit, Jugend und Sport



Sie ist am 24. Dezember 1946 in Nevers (Nièvre) geboren und hat Medizin studiert. Ihr Vater Jean Narquin war ein berühmter Widerstandskämpfer und Abgeordneter unter de Gaulle. Sie ist Mitglied der UMP.

Politische Laufbahn

1982-1988	Mitglied des Generalrats des Departements Maine-et-Loire
Seit 1986	Mitglied des Regionalrats der Region Pays de la Loire
1988-2002	Abgeordnete (Maine et Loire) in der Nationalversammlung
1995-2001	Mitglied des Stadtrats von Angers (Maine-et-Loire)

1992-2004	Stellvertretende Präsidentin des Regionalrats der Region Pays de la Loire
2002-2004	Ministerin für Umwelt, Ökologie und nachhaltige Entwicklung in den zwei ersten Regierungen von Raffarin.
2004- Mai 2007	EU-Abgeordnete. Berichterstatterin über die Gründung eines europäischen Fonds für Globalisierungsanpassung („European Globalisation Adjustment Fund“)
2004-2005	UMP- Vorstandsmitglied
Seit Januar 2006	Stellvertretende Generalsekretärin der UMP

Roselyne Bachelot wurde 1999 durch ihre aktive Unterstützung des Pacs (Pendant zur eingetragenen Partnerschaft) bekannt. Sie agierte gegen die Meinung aller konservativen Abgeordneten und insbesondere gegen Christine Boutin, die in der Nationalversammlung gegen dieses Gesetz mit einer Bibel in der Hand kämpfte. Heute sind beide in der neuen Regierung von François Fillon.

Als Ministerin geriet Bachelot in 2003 in die Kritik, da man ihr vorwarf mit ihrem Ministerium auf die verheerenden Ausmaße der Hitzewelle 2003 nicht vorbereitet gewesen zu sein; sie wurde daraufhin von der dritten Regierung Raffarin ausgeschlossen.

Wichtigste **Reform- und Gesetzesprojekte** sind die Suche nach Lösungen, um das Haushaltsdefizit der Krankenversicherung nicht weiter zu vertiefen.

Hinzu kommt die Förderung der medizinischen Forschung, vor allem im Bereich von Krebs und Gehirnkrankheiten, und die Umstrukturierung der Führung der Krankenhäuser.

Zum ersten Mal in der Geschichte der V. Republik werden die Bereiche Gesundheit und Sport in einem einzigen Ministerium zusammengefasst.

Christine BOUTIN: Ministerin für Wohnungsbau und Städteplanung



Christine Boutin ist am 6. Februar 1944 in Levroux, Indre geboren und hat Jura studiert.

Sie ist ehemalige Journalistin.

Politische Laufbahn

Von 1964 bis 1969 arbeitete sie im Büro für Außenbeziehungen des Forschungszentrums CNRS. Von 1973 bis 1979 war sie Stellvertretende Direktorin im Generalsekretariat der Zeitschrift *Crédit agricole*.

Sie ist als Mitglied der Partei Forum des républicains sociaux (FRS) - die sie 2001 gegründet hatte und die sich mit der UMP zusammengeschlossen hatte - Mitglied der UMP. Sie war vorher Mitglied der UDF (dort wurde sie wegen Ankündigung ihrer Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 2002 ausgeschlossen)

1980-1983	Bürgermeisterin von Auffargis (Yvelines)
1982-2001	Generalrätin von Yvelines
1983-2001	Stellvertreterin des Bürgermeisters von Rambouillet (Yvelines)
1986-Mai 2007	Abgeordnete (Yvelines) in der Nationalversammlung. Mitglied der Kommission für Kultur, Familie und Soziales
Seit 2001	Vizepräsidentin des Generalrates des Departements Yvelines
Seit 2005	Vorstandsmitglied der UMP

Im Vordergrund steht die Bearbeitung eines 2. Gesetzes „**droit opposable au logement**“, um die Verantwortung des Staates und der Gebietskörperschaften näher zu definieren (erstes Gesetz: März 2007). Das Sanierungsprogramm für die sozial schwächeren Vororte soll weitergeführt werden und Konzepte zur Lösung der Wohnungskrise mit dem Bau von 700 000 fehlenden Wohnungen erstellt werden.

Schließlich sollen die Bürger beim Kauf von Eigenheimen unterstützt werden, zum Beispiel durch steuerliche Begünstigungen.

Christine LAGARDE: Ministerin für Landwirtschaft und Fischerei



Christine Lagarde ist am 1. Januar 1956 in Paris geboren.

Sie studierte Recht, Politik und Anglistik in Paris und in den Vereinigten Staaten und war Rechtsanwältin am französischen Berufungsgerichtshof. Sie ist Anwältin in der Pariser Anwaltskammer.

Bekannt wurde sie durch ihre Karriere innerhalb der amerikanischen Anwaltskanzlei Baker & McKenzie.

Vom amerikanischen Magazin Forbes wurde sie 2006 auf den 30. Platz der mächtigsten Frauen der Welt gewählt.

Sie ist parteilos.

Politische Laufbahn:

1995-2002	Mitglied im Center for Strategic & International Studies (CSIS): Ko-Präsidentin der Handlungskommission USA/UE/Polen, wo sie die Interessen der USA vertrat. Sie saß auch in der Arbeitsgruppe zur Verteidigung USA-Polen.
Seit 2003	Mitglied der Kommission für die Erweiterung der euro-atlantischen Gemeinschaft innerhalb des CSIS
Seit 2005	Aufsichtsrat der multinationalen niederländischen ING Gruppe (eine der weltweit wichtigsten Finanzgesellschaften)
2005-2007	Beigeordnete Ministerin für Außenhandel in der Regierung de Villepin

Der Ministerin obliegt die monatliche Führung der Handelsverhandlungen für Agrargüter auf europäischer Ebene während des Agrarwirtschaftsministerrats (der Finanzminister bleibt weiterhin für die Koordinierung des Dossiers WHO zuständig).

Im 2. Halbjahr 2008 sollen unter französischer EU-Ratspräsidentschaft die europäischen Ausgaben, insbesondere für die **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)**, verhandelt werden.

Für die Vertreter der französischen Agrarwirtschaft ist die zukünftige europäische Politik des Präsidenten in diesem Bereich entscheidend. Sie hoffen, dass N. Sarkozy – am Beispiel von J. Chirac – die französische Landwirtschaft unterstützen wird. Darüber hinaus steht die Reform des Weinbaubetriebs an, um Frankreich den europäischen Richtlinien anzupassen.

Christine ALBANEL: Ministerin für Kultur und Kommunikation sowie Regierungssprecherin



Christine Marie Albanel ist am 25. Juni 1955 in Toulouse (Haute-Garonne) geboren.

Sie studierte Literaturwissenschaft und ist Mitglied der UMP.

Politische Laufbahn :

1979-1981	Pressebeauftragte im Generalsekretariat des Präsidenten V. Giscard d'Estaing
1982-1986	Beauftragte unter dem Direktor für Information und Kommunikation im Rathaus von Paris

1986-1988	Beauftragte im Kabinett des Premierministers Jacques Chirac
1986-1992, 1998-2004	Regionalrätin von Ile de France (erst RPR, dann UMP)
1988-1995	Beigeordnete Direktorin des Kabinetts des Pariser Bürgermeisters Jacques Chirac
1995-1997	Beraterin des Präsidenten Jacques Chirac
1997-2000	Beauftragte für Erziehung und Kultur unter Präsident Jacques Chirac
Seit 2000	Ernennung zur Staatsrätin
Seit 2003	Präsidentin der öffentlichen Museumseinrichtung und der nationalen Domäne von Versailles
Seit 2004	Mitglied des Rates für Gesellschaftsanalyse (CAS)

Als Pressesprecherin der Regierung wird sie die Nachfolgerin von Jean-François Copé.

Mit einem kleinen Budget – knapp 1% des Staatshaushalts – haben die Kulturminister traditionell wenig Spielraum für Innovationen, um so weniger als der größte Teil des Budgets an die vielfältigen öffentlichen kulturellen Einrichtungen geht.

Ziel der Reform ist die Einführung einer Garantie für freischaffende Künstler, Musiker und Schauspieler, sowie Bühnentechniker („intermittents du spectacle“), die in Theatern, Konzerthallen sowie Fernseh- und Filmstudios usw. mit befristeten Verträgen arbeiten.

Darüber hinaus ist die Gründung eines neuen Medienaufsichtsrates geplant, um das CSA (französische Rundfunkaufsichtsbehörde) zu ersetzen. Die Mitglieder sollen Mandatsträger, Bürger und Fachleute sein.

Das Ministerium soll des Weiteren eine schnelle und breite Ratifizierung der UNESCO-Konvention über kulturelle Vielfalt unterstützen.

Ferner soll das Problem der Autorenrechte in einer Informationsgesellschaft und die Neuanalyse des Problems der unerlaubten Zugriffe auf Dateien übers Internet behandelt werden. Dies beinhaltet die Änderung, bzw. Erweiterung des Gesetzes von 2006, um Autorenrechte zu sichern.

Außerdem soll der Kunstunterricht an den Schulen verbessert werden (das wurde schon von vielen Regierungen angekündigt, bis jetzt aber nie durchgesetzt).

Eric WOERTH: Minister des Budgets, der öffentlichen Rechnungslegung und des öffentlichen Dienstes



Eric Woerth wurde am 29. Januar 1956 in Creil, Oise geboren und studierte an der HEC (*École des hautes études commerciales*) und am Institut d'études politiques (IEP) in Paris. Er hatte Führungspositionen bei Arthur Andersen International, Péchiney sowie Brossard Consultants im juristischen und finanziellen Bereich inne. Mitglied der UMP.

Politische Laufbahn

1986-2002	Mitglied im Regionalrat von Picardie
1992-1998	Vizepräsident des Regionalrates von Picardie
1993-1995	Verwaltungs- und Finanzdirektor der RPR
1995-1997	Parlamentarischer Rat im Kabinett von Premierminister Alain Juppé
Seit 1995	Bürgermeister von Chantilly (Oise)
2002	Schatzmeister der Wahlkampagne von Jacques Chirac und der UMP
2002-2004	Abgeordneter (Oise) in der Nationalversammlung
2004-2005	Staatssekretär für die Staatsreform in der dritten Regierung von Raffarin
2005-2007	Abgeordneter (Oise) und Mitglied der Finanzkommission in der Nationalversammlung
2007	Schatzmeister der Wahlkampagne von Nicolas Sarkozy

Dieses Ministerium wurde neu gegründet mit dem Ziel, die öffentlichen Ausgaben zu reduzieren. Dementsprechend bekommt es einen Teil der Funktionen von den Wirtschafts- und Innenministerien: E. Woerth übernimmt damit die Führung des Staatshaushalts, der Steuer und der öffentlichen Finanzplanung sowie der Staatsverwaltung und des öffentlichen Dienstes. Im Rahmen der Modernisierung des Staates soll sein Ministerium auch eine führende Rolle spielen.

Kurzfristig wird E. Woerth an der Entwicklung des von Präsidenten Sarkozy gewünschten „Steuerpakets“ arbeiten, das bis zum Sommer verabschiedet werden soll. Dieses Paket

beinhaltet u. a. die Abschaffung der Steuer für Überstunden und die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, sowie die Senkung der Kreditzinsen im Rahmen des Kaufs eines Hauptwohnsitzes.

Eric Woerth wird auch das Finanzgesetz 2008, sowie die Anfang Juli stattfindende Debatte über die Haushaltsorientierung vorbereiten. Mit der Gesundheits- und Sportministerin Roselyne Bachelot wird er überdies an einem neuen Gesetz über die Finanzierung der Sozialversicherung arbeiten und möglicherweise noch vor dem Sommer ein neues Gesetz bezüglich der Krankenversicherung verabschieden lassen, um die öffentlichen Ausgaben in diesem Bereich zu mindern.

Die Gründung dieses Ministeriums geht einher mit dem Wahlversprechen von N. Sarkozy, die Abgaben und Personalbestände im Bereich des öffentlichen Dienstes drastisch zu reduzieren. Heftige Debatten mit den Gewerkschaften sind also vorauszusehen.

Zusätzlich zu dieser Regierung gibt es **vier Staatssekretäre** und einen **Hohen Kommissar** (weitere Staatssekretäre werden nach den Parlamentswahlen ernannt):

Roger KAROUTCHI, Staatssekretär im Premierministeramt, zuständig für die Beziehungen zum Parlament



Eric BESSON, Staatssekretär im Premierministeramt, zuständig für Zukunftsforschung und Evaluierung der „politiques publiques“



Dominique BUSSEREAU, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Raumplanung, zuständig für die Verkehrspolitik.



Jean-Pierre JOUYET, Staatssekretär im Außenministerium, zuständig für Europäische Angelegenheiten



Martin HIRSCH, Hoher Kommissar für „Solidarität und Armutsbekämpfung“

